

EPA-Präsident Campinos muss noch zeigen, dass er den sozialen Frieden wirklich wiederherstellen will

Kluwer-Patentblogger/4. Oktober 2019 /1 Kommentar

Während das EPA Ende September einen Bericht über die Bedeutung der geistigen Eigentumsrechte für die europäische Wirtschaft veröffentlichte, fanden interne Treffen von EPA-Präsident António Campinos mit dem Zentralen Personalausschuss und Vertretern der Gewerkschaft IGEPa statt, um die Beziehungen zwischen Personal und Management zu normalisieren. Dabei kündigte Campinos mehrere ermutigende Maßnahmen an. Dennoch gibt es wenig Vertrauen in echte Veränderungen. Im Vorfeld der Versammlung des EPA-Verwaltungsrats nächste Woche in München forderte die IGEPa die Umsetzung von „siebzehn Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Engagements der Mitarbeiter und zur Gewährleistung einer langfristigen finanziellen Gesundheit“.

Laut der im vergangenen Monat veröffentlichten [gemeinsamen EPA-EUIPO-Studie](#) erwirtschaften Industrien, die geistige Eigentumsrechte wie Patente, Handelsmarken, Geschmacksmuster und Urheberrechte intensiv nutzen, jährlich 45 % des BIPs (6,6 Billionen Euro) in der EU. Außerdem stellen sie 63 Millionen Arbeitsplätze (29 % aller Arbeitsplätze). Weitere 21 Millionen Menschen sind in Bereichen beschäftigt, die diese Branchen mit Waren und Dienstleistungen versorgen.

Die Ergebnisse basieren auf Daten über die EU-Wirtschaft zwischen 2014 und 2016. Dem Bericht zufolge beschäftigen die Branchen, die Patente intensiv nutzen, rund 24 Millionen Menschen und erzeugen 16 % des gesamten BIPs der EU.

Treffen mit CSC und IGEPa



Ebenfalls im vergangenen Monat sprach Präsident Campinos mit dem Zentralen Personalausschuss (CSC) und der IGEPa über das katastrophale soziale Klima im EPA, das ein Vermächtnis des ehemaligen Präsidenten Benoît Battistelli ist. Vierzehn Monate nach dem Amtsantritt von Campinos fühlen sich viele von ihm im Stich gelassen. In ihren Augen hat er nichts getan, um die Dinge zu verbessern – z.B. für Mitarbeiter und Gewerkschaftsvertreter, die von Battistelli aus sehr fragwürdigen Gründen hart bestraft wurden. Im vergangenen Jahr ergab eine [Mitarbeiterbefragung](#), dass viele Mitarbeiter dem Top-Management nicht vertrauen.

In einer intern verbreiteten Botschaft über die September-Sitzungen klingt Campinos jedoch zuversichtlich und schreibt, es würden „stete, kontinuierliche Fortschritte“ in sozialen Fragen erzielt. Einige andere Zitate aus seiner Botschaft zu Themen, die seit langem Konfliktquellen darstellen:

(Treffen mit CSC): *„In den Gesprächen wurde weiterhin versucht, eine Einigung über die den Personalvertretern zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erzielen. (...) Innerhalb von vier Wochen nach dem Treffen wurde vereinbart, dass dem CSC Vorschläge zur Anpassung des derzeitigen Rahmenkonzepts übermittelt werden, damit (...) Anfang nächsten Jahres ein überarbeitetes Rahmenkonzept eingeführt werden kann.“*

„Die Personalvertreter dürfen Mitteilungen ohne vorherige Prüfung auf der Intranetseite veröffentlichen.“

„Wir haben eine Möglichkeit, das Leistungsmanagementsystem zu verbessern. Personalvertreter haben uns dabei geholfen, einige Bereiche mit Verbesserungspotenzial zu identifizieren, so dass nun innerhalb von vier Wochen ein Vorschlag für Anpassungen des leistungsabhängigen Laufbahnsystems vorgelegt wird.“

„Angesichts der Bedeutung des Leistungsmanagementsystems für unsere Kollegen möchten wir auch versuchen, dieses transparent zu gestalten. Deshalb habe ich mich bei meiner Ankunft auch entschieden, die Statistiken über das Ergebnis des Belohnungszyklus zu veröffentlichen.“

Bei dem Treffen mit IGEPa-Vertretern versprach Campinos Schritte, um die Fälle von Vertretern, die von der Battistelli-Administration entlassen, herabgestuft oder anderweitig sanktioniert wurden, endgültig beizulegen:

„Ich habe die IGEPa-Vertreter darüber informiert, dass konkrete Vorschläge zur gütlichen Beilegung der Fälle, an denen IGEPa- und Personalvertreter beteiligt sind, übermittelt wurden, ohne über die Begründetheit oder Details der Fälle zu sprechen. Diese Angebote wurden übermittelt, um wirklich voranzukommen und den sozialen Dialog wieder aufzunehmen. In einem weiteren Versuch, mit der Vergangenheit zu brechen, habe ich mich auch verpflichtet, den Hinweis auf Disziplinarmaßnahmen aus den Personalakten der betroffenen Personen zu entfernen.“

„Im Gespräch mit den IGEPa-Vertretern wurden Bereiche der Streikverordnungen hervorgehoben, die sie gern verbessern würden. Das Streikrecht ist wichtig für die Meinungsfreiheit der EPA-Mitarbeiter, und deshalb habe ich zugestimmt, mir unsere Streikordnung anzusehen. Deshalb wird den Gewerkschaften und Personalvertretern in den nächsten vier Wochen ein Gesprächsvorschlag vorgelegt.“

„Ich werde in den nächsten vier Wochen einen Vorschlag für eine mögliche Absichtserklärung zwischen der IGEPa und dem Amt verschicken. Wir werden sie möglicherweise auf die Grundsätze der Absichtserklärung stützen, die zwischen den Gewerkschaften und der Europäischen Kommission besteht.“

Das sind ermutigende Aussagen, die – wenn sie umgesetzt werden – Campinos helfen könnten, die wachsende Kritik loszuwerden, dass er kein Mann der Tat, sondern der Worte ist. Das mangelnde Vertrauen in den EPA-Präsidenten geht aus einer IGEPa-Erklärung hervor, die den Mitarbeitern diese Woche im Vorfeld der Sitzung des EPA-Verwaltungsrats am 9. und 10. Oktober in München übermittelt wurde.

Die Zusammenfassung lautet: *„Der Präsident ist im Begriff, 17 Maßnahmen zu kommunizieren, die sich aus der (unserer Meinung nach stark verzerrten) Finanzstudie ergeben. Nach 8 Jahren Präsidentschaft von Battistelli und 14 Monaten Präsidentschaft von Campinos – beide mit derselben Verwaltung – glauben wir, dass es an der Zeit ist, die folgenden 17 Maßnahmen umzusetzen, um das Vertrauen und das Engagement der Mitarbeiter wiederherzustellen und die langfristige finanzielle Gesundheit zu gewährleisten.“*

Die 17 Punkte der IGEPa betreffen Themen wie Produktionsdruck und -qualität, Zeitverträge, Krankheits- und Rentenregelungen, die Funktionsweise von Personalausschüssen und

Gewerkschaften und erneut die ungelösten Fälle von Disziplinarmaßnahmen gegen Vertreter, die herabgestuft oder entlassen wurden.